

6
75

Union in Deutschland

Bonn den 6. Februar 1975

Soziale Härten jetzt beseitigen

„Unabhängige Sachverständige müssen sofort Vorschläge für die Beseitigung krasser Ungerechtigkeiten erarbeiten. Diese Vorschläge sollten zur Grundlage einer schnellen Gesetzesänderung gemacht werden.“ Diesen Appell richtete Dr. Gerhard Stoltenberg an die Bundesregierung.

Doch Bundeskanzler und Finanzminister weigern sich, die sozialen Härten für zahlreiche Steuerzahler zu beseitigen. Die Bundesregierung versucht statt dessen weiterhin, den Lohnsteuerzahlern Sand in die Augen zu streuen. Apel verspricht bei Lohnsteuerüberzahlungen Steuerstundung. Sein neuer Steuerstaatssekretär Offergeld orakelt über die Verzinsung von Steuerguthaben. Beides ist ebenso falsch wie unrealistisch. Wer mit so leichtfertiger Unbekümmertheit ungenießbare Wahlköder auswirft, darf sich deshalb über die anhaltende Empörung der Betroffenen nicht wundern.

Was unbedingt geändert werden muß und bis zum 1. Januar 1976 auch geändert werden kann, ist die Korrektur der fiskalischen und unsozialen Lohnsteuerklassen-Einteilung, die dem Staat zinslose Steuerkredite verschafft und die betroffenen Lohnsteuerzahler um die versprochene sofortige Steuerentlastung bringt.

■ WIRTSCHAFT

Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl kennzeichnet den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung als Dokument einer gescheiterten Politik. Seite 4

■ STEUERREFORM

Den Bestrebungen der SPD/FDP, Sündenböcke für die mißglückte Steuerreform bei der CDU/CSU zu finden, schiebt Dr. Gerhard Stoltenberg einen Riegel vor. Seite 5—6

■ EHERECHT

Das neue SPD/FDP-Scheidungsrecht unterdrückt die persönliche Verantwortlichkeit aus ideologischen Gründen. Seite 7

■ JAHR DER FRAU

Auf die Regierungserklärung von Frau Minister Focke (SPD) zum Jahr der Frau antwortet für die Union Frau Dr. Helga Wex. Seite 11—12

■ BUNDESTAG

In der Bundestagsdebatte über die Lage der Nation setzte sich die Union für eine konsequente Deutschland-Politik ein. Dokumentation

■ NEUES VERSANDZENTRUM

IS Versandzentrum
4830 Gütersloh 1
Postfach 6666

■ INFORMATIONEN

SPD hat keine zukunftsweisende Politik

Der Vorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, erklärte u. a. zu der Pressekonferenz der SPD-Führung über ihre zweitägigen Beratungen über den Orientierungsrahmen: Der Parteivorstand der SPD sah sich auf seiner zweitägigen Klausurtagung offenbar nicht in der Lage, sich mit dem Entwurf des Orientierungsrahmens '85 zu identifizieren. Große Bereiche wurden von ihm demonstrativ beiseite gelassen. Offenbar befürchtet die SPD, daß die sozialistischen Ansätze des Orientierungsrahmens die Wähler abschrecken könnten.

Indirekt hat der SPD-Parteivorstand die von seiten der CDU bereits wiederholt zum Ausdruck gebrachte Auffassung bestätigt, daß es den Verfassern des Orientierungsrahmens nicht gelungen ist, Lösungen für die Probleme unserer Zeit und unseres Landes aufzuzeigen. Die SPD ist nach wie vor nicht in der Lage, ihre ideologische Fixierung zu durchbrechen und eine zukunftsweisende Politik zu formulieren.

In fünf Jahren fünf Milliarden DM an die DDR

Seit 1970 kassierte die DDR (bis einschließlich 1974) rund zwei Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt, dem Haushalt des Landes Berlin sowie dem Haushalt der Bundespost. (Pauschalsumme gemäß Transitabkommen, Erstattung von Visagebühren, Straßenbenutzungsgebühren, Mindestumtausch im Besucherverkehr.) Hinzu kommen rund 2,27 Milliarden DM zinsloser Überziehungskredit (Swing). Unter Zugrunde-

legung eines durchschnittlichen Zinssatzes von rund 10 Prozent bedeutet dies ein Geschenk von rund 227 Millionen DM. Hinzu kommen Umsatzsteuervergünstigungen für Bezüge aus der DDR, die in den Jahren 1970 bis 1974 zu Steuermindereinnahmen zu Lasten der Bundeskasse in Höhe von knapp einer Milliarde DM führten.

Das sind insgesamt annähernd fünf Milliarden DM, die die DDR im Zeitraum von 1970 bis 1974 als Vergünstigungen erhielt, zum Teil auf Konten in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar ohne jede Gegenleistung. Schon seit Jahren forderten die Vertreter der CDU/CSU die strikte Zweckbindung dieser Mittel für den Ausbau der Interzonenstrecken auf Straße, Schiene und Wasser.

CDU lädt Staatsbesucher nach West-Berlin ein

Die Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten wollen künftig Staatsbesucher der Bundesrepublik persönlich nach West-Berlin einladen. Der CDU-Abgeordnete Wohlrabe kündigte an, man werde den Staatsgästen schon vor ihrem Besuch in Bonn schreiben und sie „darum bitten, Berlin als Besuchsort in die Überlegungen einzubeziehen“. Die Bundesregierung habe — offenbar aus politischem Wohlverhalten gegenüber dem Osten — den letzten ausländischen Besucher im Februar 1972 nach West-Berlin eingeladen, sagte Wohlrabe.

Die Preise steigen wieder schneller

Die Teuerungsrate in der Bundesrepublik wird einen kräftigen Sprung nach oben tun. Diese Schlußfolgerung lassen die ersten Veröffentlichungen der Preisindices einzelner Bundesländer zu. In Hessen, wo die Preisentwicklung nach

den bisherigen Erfahrungen weitgehend parallel mit der Preisentwicklung für das gesamte Bundesgebiet läuft, ist der Index für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Januar um 0,9 Prozentpunkte auf einen Stand von 133 (1970 = 100) gestiegen. Die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahr, die im Dezember 1974 erstmals seit langer Zeit wieder unter den Stand von 6 Prozent zurückgefallen war, ist damit wieder über die 6-Prozent-Marke geklettert, und zwar auf 6,3 Prozent. In Baden-Württemberg hat sich das Preisniveau im Januar um ein volles Prozent erhöht, die Teuerungsrate ist von 5,7 auf 5,9 Prozent gestiegen.

Asyl für Chiles Sozialistenführer abgelehnt

Die Ablehnung der Landesregierung gegenüber den Aufnahmegesuchen für 15 ehemalige chilenische Minister und Funktionäre hat der baden-württembergische Landtag mit den Stimmen der CDU bestätigt. Die CDU lehnte auch eine Weiterbehandlung eines entsprechenden SPD-Dringlichkeitsantrages im Ständigen Ausschuß ab. Innenminister Schiess begründete die Haltung der Landesregierung damit, daß alle 15 Personen selbst nach den Erkenntnissen zuständiger Sicherheitsstellen des Bundes Parteien angehören, „die deutlich revolutionäre Züge“ haben.

SPD muß Mandat an CDU abtreten

Die SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages wird, dem Ergebnis der Untersuchungen des Wahlprüfungsausschusses zufolge, das ihr nach der Wahl im Juni 1974 zugesprochene 155. Listenmandat an die CDU abtreten müssen.

STICHWORTE

Ein Pfarrer

der Rheinischen Kirche darf nicht Mitglied der DKP sein, wie die 23. Rheinische Landessynode entschieden hat.

Jährlich mehr als 11 000 DM

zahlt die Bundesanstalt für Arbeit im Durchschnitt für einen Arbeitslosen.

Eine einzige Nation

stellen die Bundesrepublik Deutschland und die DDR nach Meinung von 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung dar.

Der DKP

und den ihr nahestehenden Organisationen fließen nach Angaben der Bundesregierung jährlich rd. 100 Millionen Mark aus der DDR zu.

Fernsehberichte

über politische Fragen werden nur von 34 % regelmäßig, von 39 % gelegentlich und von 25 % „so gut wie nie“ verfolgt.

25 000 Ausländer

aus 117 Staaten leben in Bonn. 5 000 sind bei den 111 Botschaften tätig. 20 000 sind Gastarbeiter.

Der Anzeigenteil

in Regionalzeitungen ist um 14 % zurückgegangen. Bei den Stellenanzeigen ist der Rückgang mit 41,8 % am stärksten.

Abgeschoben

wurden zwei Bundesbürger aus der CSSR, die dort Arbeit zu finden hofften und illegal eingereist waren, „im Interesse der guten Nachbarschaft“.

■ WIRTSCHAFT

Bericht einer gescheiterten Politik

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zeigt, mit welchen Vorbelastungen unsere Wirtschaft in das Jahr 1975 hineingeht, dank einer Politik, die unter dem Motto stand: 5 Prozent Inflation seien besser als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Im Augenblick haben wir beide Übel, ergänzt durch ein Nullwachstum unserer Wirtschaft. Der Parteivorsitzende, Dr. Helmut Kohl, stellt hierzu fest:

Die Bundesregierung wertet das Jahresergebnis 1974 als eine Konsolidierung. Dies ist eine Verhöhnung der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und ihrer Familienangehörigen. Für 1975 will sie sich darauf konzentrieren, erreichte Erfolge zu sichern. Die Bundesregierung scheint alle Maßstäbe für Erfolg oder Mißerfolg verloren zu haben.

Die Vorbelastungen zeigen sich in der angenommenen Arbeitslosenquote von durchschnittlich drei Prozent, d. h. über 750 000 Arbeitnehmer werden 1975 ohne einen Arbeitsplatz, ohne ein Arbeitseinkommen bleiben trotz des vielgepriesenen Konjunkturprogramms der Regierung von Dezember 1974. Weitere Konjunkturprogramme hält der Jahreswirtschaftsbericht nicht für erforderlich.

Wie soll die Steuerreform jetzt den Konsum anregen, wenn die Entlastung für bedeutende Gruppen tatsächlich erst Ende 1976 durch die Steuerrückzahlungen spürbar sind! Mit ihrem Streit über

die Berufsbildung und die Mitbestimmung erhöht die Bundesregierung nur die allgemeine Unsicherheit.

Die Neuschätzung der Wachstumsrate von früher drei Prozent auf nunmehr zwei Prozent zeigt, daß die Bundesregierung kein großes Vertrauen in ihr eigenes Konjunkturprogramm setzt. In diesem Zusammenhang ist die neue Steuer-schätzung zu sehen, die nach unten revidiert werden mußte und das Anwachsen der Staatsverschuldung über den schon hohen Betrag von 55 bis 60 Mrd. DM signalisiert. Der Jahreswirtschaftsbericht wendet sich ausdrücklich gegen eine Steuererhöhung im Jahre 1975. Die CDU fordert eine rückhaltlose Offenlegung der Vorbelastungen der Zukunft durch die zerrütteten Staatsfinanzen.

Wir brauchen Solidarität in der Lohnpolitik

Mit welchen Risiken die Schätzungen des Jahreswirtschaftsberichts verbunden sind, wird überdeutlich:

— Der Rückgang der Exporte, verstärkt durch die Höherbewertungstendenzen der DM, insbesondere hervorgerufen durch anlagesuchende Öl-Dollars, könnte das Beschäftigungsproblem verschärfen.

— Die Lohnentwicklung hat sich noch nicht an das Nullwachstum und die Millionen-Arbeitslosigkeit angepaßt. Wir brauchen eine Solidarität in der Lohnpolitik, d. h. eine Solidarität mit den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern. Vernünftige Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen erhöht die Zahl der Arbeitsplätze.

■ STEUERREFORM

Koalition erhält jetzt die Quittung für Versäumnisse

Fast pausenlos jagen sich in diesen Tagen Interviews und Erklärungen, in denen führende SPD- und FDP-Politiker versuchen, Sündenböcke und Mitschuldige für ihre eigenen Fehler bei der „Steuerreform“ zu finden. In einer ZDF-Diskussion mit den Ministern Apel und Friderichs stellte der stellv. CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, folgendes zur Vorgeschichte dieser Reform klar:

Wir haben vom Dezember 1973, der ersten Stellungnahme des Bundesrates, bis zum Juli 1974, dem zweiten Vermittlungsverfahren bis zur Schlußberatung, in allen öffentlichen Erklärungen dringend ein anderes Verfahren empfohlen. Wir haben uns dafür ausgesprochen, eine Sofortentlastung im Hinblick auf die inflationsbedingten Steuerermehrungen — vor allem für die Arbeitnehmer — vorzunehmen, in einer Größenordnung, die wir vorgeschlagen haben, aber über die wir mit der Regierung auch in anderen Relationen hätten sprechen können.

Wir haben außerdem Koalition und Regierung aufgefordert, die umstrittenen und problematischen Systemveränderungen, die ja schon damals von wissenschaftlicher Seite, so vom „Bund der Steuerzahler“, von den Steuerbeamten und anderen hart kritisiert wurden, zurückzustellen, um sie ohne diesen wirk-

lich unvernünftigen Zeitdruck, den die Koalition gewählt hat, sorgfältig zu beraten.

Erst als die Koalition auf ein Junktim zwischen den dringend notwendigen Sofortentlastungen und den Systemveränderungen bestanden hat, haben wir aus der Rolle des Schwächeren, der wir nun einmal in der Gesetzgebung bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen sind, einen Kompromiß geschlossen, in dem wir — was wir wollten — dann zusammen mit der Koalition die Sofortentlastung erreichen konnten — ein Jahr früher als die Koalition es wollte.

In der Schlußwürdigung im Juli 1974 haben wir klargemacht, welche Verbesserungen wir durchgesetzt haben. Bundeskanzler Schmidt hat noch im Oktober bei der Haushaltsdebatte der Union im allgemeinen und mir persönlich vorgeworfen, wir hätten 3,5 Milliarden DM mehr Steuerentlastung durchgesetzt als gewollt war. Man sollte sich einmal vorstellen, wie es aussähe, wenn diese 3,5 Milliarden DM als Mehrbelastung für die Steuerzahler noch zu den jetzigen Problemen hinzugekommen wären.

Unwahre Behauptungen

Es ist immer eine sehr deutliche unterschiedliche Bewertung der verschiedenen Elemente dieser Steuerreform erfolgt, und wenn man unseren Vorschlägen und Anträgen gefolgt wäre, hätte

der Bundesfinanzminister heute eine wesentlich angenehmere Situation in der Diskussion mit den Steuerzahlern, die sich bitter über die sozialen Ungerechtigkeiten beschweren.

Auch zu der Behauptung, der doppelte Freibetrag für Steuerzahler über 50 Jahren sei von der CDU/CSU im Bundesrat gestrichen worden, nahm Dr. Stoltenberg Stellung: „Weder in dem Vermittlungsverfahren, noch in dem Schlußgespräch beim Bundeskanzler haben wir eine Veränderung im Altersentlastungsfreibetrag gefordert oder durchgesetzt.“

Bundesminister glänzten durch Abwesenheit

Dr. Stoltenberg wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß an dem viertägigen Vermittlungsverfahren kein einziger Bundesminister teilgenommen hat. „So kann man eben kein Gesetz machen.“

Wie die Presse den „Kompromiß“ vom Juli 1974 gesehen hat, zeigt ein Kommentar der „Welt am Sonntag“ (21. 7. 1974):

„Zu dem Kompromiß hat sich die CDU/CSU bereitgefunden, weil ohne eine Einigung die Lage für den Steuerzahler nur noch schlechter sein würde. Sie hat, wie es wohl richtig war, sich für das kleinere Übel entschieden — aber auch dies bleibt ein Übel.“

Mit der Behauptung, die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat habe die Auszahlung des Kindergeldes über die Arbeitsämter „durchgesetzt“, sagen SPD/FDP ebenfalls die Unwahrheit.

Hier die Tatsachen:

Nach der einstimmigen Entscheidung aller elf Bundesländer, auch der von der SPD regierten, im Bundesrat und der Stellungnahme des „Bundes der Steuerbeamten“, die Finanzämter könnten das

Kindergeld erst 1977, frühestens 1978 auszahlen, blieb nichts anderes übrig, als den halperigen und teuren Weg über die Arbeitsämter mitzugehen. Es ist unschwer vorstellbar, mit welcher Polemik die SPD/FDP reagiert hätte, wenn etwa die CDU/CSU soliderweise beantragt hätte, das Kindergeld damit besser erst 1976 oder 1977 durch die Finanzämter auszuzahlen.

SPD wollte zuerst überhaupt keine Steuerentlastungen

In der gegenwärtigen Diskussion über die „Steuerreform“ ist im übrigen Vergessenheit geraten, daß die von der SPD bereits 1969 (!) als „Jahrhundertwerk“ angekündigte Steuerreform ursprünglich überhaupt keine Steuerentlastung vorsah. Dies hat der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Porzner seinerzeit im Bundesfinanzministerium für die Steuerreform zuständig, in der Oktober-Ausgabe 1974 der SPD-Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ in fast naiver Weise bestätigt:

Danach wollte die SPD auf Grund ihres Steuerparteitages von 1971 bei der Reform keine Steuerentlastungen, sondern Steuermehreinnahmen von 9 Mrd. DM. Auch die Bundesregierung wollte in ihren Eckwerten von 1971 insgesamt keine Steuerentlastung, sondern Einkommensneutralität. Die Bundesregierung wollte die Reform schließlich erst ab Januar 1976. Nur der Opposition der CDU/CSU und dem öffentlichen Druck sei es zuzuschreiben, schreibt Porzner, daß die Bundesregierung — nach dem Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 31. Juli 1973 zur Inflationsentlastung — im September 1973 schließlich die Reform mit einer Entlastung auf 1. Januar 1975 habe verändern müssen, das Gegenteil dessen, was Sozialdemokraten eigentlich wollten.

■ EHERECHT

Scheidungs-gesetz untergräbt persönliche Verantwortlichkeit

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat das neue Ehescheidungsrecht abschließend beraten. Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Kurt Thürk hat folgende Bestandsaufnahme vorgenommen:

Einigigkeit besteht unter allen Fraktionen darüber, daß vom Verschuldensprinzip zum Zerrüttungsprinzip übergegangen wird. Die Tatsache des Scheiterns der Ehe genügt ohne Klärung der Schuldfrage für die Scheidung. Damit fehlt allerdings jeglicher Anknüpfungspunkt für die Scheidungsfolgen. Nicht derjenige, der die Verantwortung für das Scheitern der Ehe trägt, muß für Unterhalt und Altersvorsorge des anderen aufkommen, sondern der, der Geld verdient. Nicht derjenige, der ehetreu war, hat Anspruch auf die Kinder, die eheliche Wohnung, den Hausrat usw., sondern derjenige, der die Kinder am besten versorgen kann.

Die Trennung der Ehegatten über bestimmte Zeiträume läßt künftig die Feststellung zu, daß die Ehe gescheitert ist. Wünschen beide Ehegatten einvernehmlich die Scheidung, so genügt eine Trennungsfrist von einem Jahr. Begehrt nur ein Ehegatte die Scheidung, so müssen die Ehegatten drei Jahre getrennt gelebt haben; ein Widerspruchsrecht des anderen Ehegatten gibt es nicht mehr. Die CDU/CSU dagegen hatte gewünscht, daß mindestens bei der streiti-

gen Scheidung Widerspruch erlaubt sein sollte.

Diese Trennungsfristen erlauben die Scheidung, ohne daß das Scheitern der Ehe nachgewiesen werden muß. Die Trennung kann auch innerhalb der Wohnung vollzogen werden. Kürzere Zeiten des Zusammenlebens mit dem Ziel der Versöhnung unterbrechen die Trennungsfristen künftig nicht mehr.

Den Antrag der CDU/CSU, für junge Ehen die Möglichkeit einer voreiligen Scheidung im ersten Jahr nach der Heirat auszuschließen, haben SPD und FDP abgelehnt. Wer künftig diese Fristen nicht abwarten will, kann auch sofort Scheidung begehren; dann allerdings muß er nachweisen, daß die Ehe gescheitert ist.

CDU und CSU haben zur Vermeidung der kurzfristigen „Verstoßenscheidung“ verlangt, daß in diesem Fall der Antragsteller nicht das Scheitern der Ehe damit begründen kann, daß er selbst z. B. ein ehewidriges Verhältnis unterhält. Das haben SPD und FDP abgelehnt. Künftig kann also die sofortige Scheidung mit eigenem Fehlverhalten des Antragstellers begründet werden.

Die CDU/CSU will selbst eine zerrüttete Ehe dann nicht scheiden lassen, wenn dies entweder im Interesse der minderjährigen Kinder notwendig ist, oder die Scheidung für den ehetreuen Gatten, der noch eine innere Bindung an die

(Fortsetzung Seite 8)

■ RECHT

Wieder ein unklar formulierter Vertrag

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem deutsch-französischen Vertrag über die Verfolgung von Kriegsverbrechen nicht zugestimmt, obwohl sie die Intentionen des Vertrages grundsätzlich bejaht.

Der Tatbestand: Im Überleitungsvertrag von 1955 mußte die Bundesrepublik Deutschland darauf verzichten, Deutsche, die bereits von alliierten Gerichten abgeurteilt worden waren, noch einmal der deutschen Justiz zu unterziehen. Die Alliierten wollten damit verhindern, daß Urteile von Militärgerichten der Siegermächte durch deutsche Gerichte abgemildert würden.

Damit aber halfen sie solchen Kriegsverurteilten, die in Abwesenheit in westlichen Staaten verurteilt waren und sich bis zum Ende des Besatzungsrechts vor der alliierten Verhaftung schützen konnten. Als sie nämlich nach der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik wieder auf der Bildfläche erschienen, durfte sie die Bundesregierung nicht an die verurteilenden Staaten ausliefern, weil das dem Grundgesetz widersprach. Andererseits besaßen die Westmächte kein Recht mehr, die Abgeurteilten zu inhaftieren.

Der Personenkreis, der aus unterschiedlichen Gründen nur von französischen Gerichten verurteilt worden war, umfaßt ca. 1 000 Menschen.

In der Bundesrepublik sind inzwischen alle Straftaten aus dem zweiten Weltkrieg verjährt, soweit es sich nicht um Mordtaten handelt. Für diese beginnt

die Verjährung nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages erst 1980. Im Jahre 1971 vereinbarte die Bundesregierung Brandt mit der französischen Regierung, daß Frankreich aus den Nichtverfolgungsbestimmungen des Überleitungsvertrages ausstieg und der Bundesrepublik das Recht auf Strafverfolgung bei dem genannten Personenkreis erteilte. Der Vertrag wurde jedoch so unklar formuliert, daß niemand zweifelsfrei feststellen konnte, ob die deutschen Gerichte nur noch — wie nach den Verjährungsbestimmungen korrekt — Mordtaten verfolgt würden, oder ob ein Richter auch annehmen konnte, daß mit dem Inkrafttreten des Überleitungsvertrages die Verjährungsfrist unterbrochen und daher die Untersuchung aller Vorwürfe unternommen werden durfte. Da Bundesregierung und Koalition nicht bereit waren, diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, mußte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Zustimmung verweigern.

(Fortsetzung von Seite 7)

Ehe hat, eine unzumutbare Härte bedeuten würde. SPD und FDP haben abgelehnt. Sie stimmen allerdings dem beschränkten Widerspruchsrecht des anderen Ehegatten aus Härtegründen prinzipiell zu, wollen jedoch keine materiellen, sondern nur immaterielle Gründe gelten lassen. Die Bundesregierung vermochte dem Rechtsausschuß indes keinen Fall eines immateriellen Widerspruchs zu benennen, da immer auch materielle Interessen berührt sind. Deshalb hält die CDU/CSU die Härteklausele der Regierungskoalition für wirkungslos. Den Frauen sollte im „Jahr der Frau“ die Empfehlung gegeben werden, einen angemessenen Beruf zu erlernen, um so den eigenen Unterhalt und die Versorgung für das Alter besser zu sichern.

■ KOALITION

SPD-Spitze kneift vor Fernseh-Diskussion

Die für den 4. Februar im Südwestfunk (SWF 3) geplante Sendung mit den Bundesvorsitzenden der drei Parteien CDU, SPD und FDP zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mußte ausfallen. Es ist dem Südwestfunk offenbar nicht gelungen, den Vorsitzenden der SPD zu dieser Polit-Diskussion unter der Leitung von Franz Wördemann zu bekommen. Die CDU hatte sich bereit erklärt, auch einen der Stellvertreter des SPD-Vorsitzenden oder aber den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD zu akzeptieren. Aber: keiner der SPD-Politiker trat an, obwohl der Termin bereits vor Wochen bekannt war.

Prominenter verläßt SPD

Heinz Plickert (46), bis zum vergangenen Jahr Bürgervorsteher von Pinneberg, hat die SPD verlassen. „Nach langem Abwägen und Prüfen.“ Der ehemalige Handelsvertreter und heutige Stadtangestellte wirft der SPD „Veränderung des Standortes“ vor. Sozialträumerei und Reformeuphorie hätten zu einer weitgehenden Verneinung des Leistungsprinzips geführt. „Weite Kreise der SPD haben sich vom tatsächlichen Wollen der Bürger unseres Staates immer weiter entfernt“, begründete Plickert seinen Entschluß.

Heinz Plickert macht in seinem Austrittsschreiben deutlich, die Partei habe einen Weg genommen, der seinem Demokratieverständnis nicht mehr entspreche. Unter anderem verweist er auf Unterschriften, die Sozialdemokraten im Kreis Pinneberg vor den Kommunal-

wahlen am vergangenen Jahr für die Vorschlagslisten der DKP leisten. 1974 hatten 122 Sozialdemokraten um den ehemaligen Ortsverbandsvorsitzenden Heinz Lange die Pinneberger SPD verlassen.

Belohnung für Versagen

Ministerialdirigent Schlichter, der nach den Feststellungen der amtlichen Kommission „Vorbeugender Geheimnisschutz“ neben dem damaligen Bundeskanzleramtschef Ehmke dafür verantwortlich ist, daß der DDR-Spion Guillaume trotz erheblicher, von zwei Stellen geäußerter Sicherheitsbedenken in das Bundeskanzleramt eingestellt wurde, ist zum Ministerialdirektor befördert und dem für die Koordinierung der Nachrichtendienstleistungen verantwortlichen Staatssekretär Schüler im Bundeskanzleramt zugeordnet worden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält diese Beförderung und Berufung Schlichters vor Abschluß des Untersuchungsverfahrens in der Angelegenheit Guillaume für höchst bedenklich. Die Bundesregierung darf sich nicht wundern, wenn nunmehr Vermutungen und Spekulationen über diese Art von Belohnung in der Öffentlichkeit laut werden.

Radikale schlüpfen durch die Maschen

Über 150 Lehrer im Bezirksverband Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sympathisieren mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) und der KPD, mit Parteien also, die den Umsturz der Gesellschaft mit Waffengewalt anstreben. Seit dem Sommer des vergangenen Jahres sind in Hessen gegen ungefähr 60 Bewerber für den Schuldienst Anhörungsverfahren eingeleitet worden. Ergebnis der rund 60 Anhörungsverfah-

ren war, daß kein einziger Bewerber zurückgewiesen wurde. Das Kultusministerium schweigt sich aus. Da es wohl selbst nicht glaubt, daß es in Hessen keine radikalen Bewerber für den Schuldienst gibt, würden sich damit die Anhörungsverfahren weitgehend als Farce entpuppen. Damit würde sich nur der ohnehin schon bestehende Verdacht bestätigen, daß durch simple Befragungen kaum auszumachen ist, ob und wieweit ein Bewerber für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten gewillt ist: Die einen weichen derartigen Fragen geschickt aus, die anderen behelfen sich mit Lügen.

Ein SPD-Lernspiel

Der Kultusminister der in Hannover regierenden SPD/FDP-Koalition empfiehlt den Schulen ein ganz besonderes „Gesellschaftspolitisches Lernspiel“. Es besteht darin, daß eine „Zeitung“ gemacht wird, in der unter der Überschrift: „Arbeiter müssen sich ihr Recht selbst nehmen“ beschrieben wird, wie Arbeiter einem Unternehmer Geld aus der Kasse stehlen, weil sie sich unterbezahlt fühlen.

Die elfjährige Tochter des FDP-Ratscherrn Lankeit in Garbsen bei Hannover wird beim Ladendiebstahl ertappt. Vom Vater zur Rede gestellt, rechtfertigt sie ihr Tun mit dem, was sie bei dem „Gesellschaftspolitischen Lernspiel“ gelernt hat: daß sie sich nehmen dürfe, was sie sich vom Taschengeld nicht kaufen könne.

Der Ratscherr Lankeit hat jetzt gemeinsam mit seiner Frau Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt, weil nach ihrer Meinung bei dem Spiel „die Rechtfertigung strafbarer Handlungen zum Zwecke der Gesellschaftsveränderung den 11- bis 13jährigen Schülern nahegebracht wurde.“ Weiter schreiben

sie: „Wir bitten unsere Verfassungsbeschwerde von daher zu verstehen, daß insbesondere Eltern von Garbsener Gesamtschulschülern mit der ständigen Herausforderung von linksintellektuellen Systemüberwindern leben müssen. Gesellschaftspolitisch motivierte Rechtfertigungen der Baader-Meinhof-Verbrechen gehören auch in Garbsen zum Schulalltag.“

So sieht die FDP-Basis die Bonner Spitze

Eine „kaum glaubliche Unsicherheit“ in der FDP über den künftigen Kurs konstatierte der stellvertretende hessische FDP-Landesvorsitzende Ekkehard Gries vor der Landesdelegiertenkonferenz der hessischen Jungdemokraten. Die FDP sei bald „weg vom Fenster“, wenn es ihr nicht sehr schnell gelänge, den Wählern zu erklären, warum sie FDP wählen sollten. Ohne Namen zu nennen ließ der stellvertretende Landesvorsitzende erkennen, daß der „primadonnenhafte Ehrgeiz“ des FDP-Spitzenrios eine schwere Last für die Liberalen darstelle. Mit dem Wechsel von Brandt/Scheel auf Schmidt/Genscher sei die Idee der sozialliberalen Koalition gestorben, bedauerte Ekkehard Gries, der den Führungswechsel an der FDP-Spitze mit einem Bild aus dem Pferdestall verdeutlichte: „Nach einem Lipizzaner steht da jetzt ein schierer Mecklenburger.“

„Erfolgsmeldung“

Unerreicht in der Kunst, aus Mißerfolgen Erfolge zu machen, sind SPD und Bundesregierung. Neuestes Meisterstück: Regierungssprecher Grünewald erklärte zum Thema Arbeitslosigkeit, Tatsache bleibe, daß die Bundesrepublik für Beschäftigungslose „besser vorgesorgt hat als andere Industrieländer.“

■ BUNDESTAG

Freie Wahl der Lebensrolle für die Frau in der Gesellschaft

Als eines der ersten Parlamente beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit dem Internationalen Jahr der Frau. Auf die Regierungserklärung durch Minister Focke antwortete Dr. Helga Wex für die CDU/CSU-Fraktion.

Es gibt keine Probleme der Frau, die nicht zugleich Probleme der jeweiligen Gesellschaft wären. Und auch die noch bestehenden Benachteiligungen vieler Frauen in der Bundesrepublik können nur gelöst werden, wenn Männer und Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben mitarbeiten. Diesem Jahr wäre ganz sicher nicht gedient, wenn es Anlaß wäre, neue Barrieren aufzurichten — etwa zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen; oder wenn es dazu diente, den welterhaltenen Unterschied der Geschlechter herunterzuspielen auf einen Gegensatz zwischen Mann und Frau. Denn nichts hat der Gleichberechtigung der Frau mehr geschadet als die Tatsache, daß sie — freiwillig oder unfreiwillig — männliche Verhaltensweisen zu imitieren versuchte.

In der Bundesrepublik scheint mir die Debatte über den internationalen Aspekt viel zu kurz zu kommen, obwohl er, objektiv gesehen, wohl der wichtigere ist. Es geht doch zu allererst einmal um die Frauen in jenen Ländern, in denen die Frauen noch so gut wie keine Rechte, dafür aber um so mehr

Pflichten haben. Lenken wir unsere Blicke nach Asien, nach Afrika, nach Lateinamerika, wo in weiten Teilen — einmal vergrößert ausgedrückt — immer noch zwischen Menschen und Frauen unterschieden wird: Die Frau als Dienerin des Mannes, der über ihr Schicksal bestimmt.

Was tut die Bundesregierung, um im Rahmen der Entwicklungshilfe an dieser internationalen Malaise etwas zu ändern? Wir sollten das Jahr der Frau auch zum Anlaß nehmen, uns diesen Problemen verstärkt zu widmen.

Für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland könnte dieses Jahr auch zum Jahr der Arbeitslosigkeit werden, mit all den Problemen, von denen wiederum die Frauen besonders hart getroffen werden. Nicht nur, daß Entlassungen zuerst die treffen, die an den unqualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigt sind — und das überdurchschnittlich viele Frauen —, auch die psychischen Belastungen in einer Familie, in der die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen eingefallen ist, fordert von den Frauen ein besonderes Maß an Umsicht und Integrationsfähigkeit.

Nach den Arbeitslosenzahlen vom Dezember 1974 sind 381 000 Frauen und 564 900 Männer arbeitslos gewesen. Bei einem Anteil von Frauen an den Arbeitnehmerzahlen von 34 % betrug ihr Anteil an den Arbeitslosenzahlen 41 %. Das ist die ganz aktuelle Situation in

der Bundesrepublik zu Beginn des Jahres der Frau.

Wir diskutieren seit Jahren, wie die Situation der Frau in unserer Gesellschaft verbessert werden kann. Dieser Komplex unseres gesellschaftspolitischen Bereichs hat sich in den letzten Jahren in einem Maße zugespitzt, das nach Lösungen auf der Basis eines tragfähigen Konzeptes verlangt. Die noch ungelösten Probleme der Frau

- die Mehrfachbelastung im Haushalt und Beruf;
- die Benachteiligungen im Berufsleben, zum Beispiel das Problem der Leichtlohngruppen;
- die gewachsenen Aufgaben innerhalb der Familie;
- die Situation der alleinstehenden und alten Frau

werden von der Bundesregierung nicht in einem Gesamtzusammenhang gesehen und behandelt. Die Bundesregierung versucht vielmehr, durch Einzelmaßnahmen — ich erinnere an das Projekt „Tagesmutter“ — Härten zu beseitigen, ohne diese Einzelmaßnahmen in ein Konzept einzupassen.

Drei Prinzipien gegen die Konzeptionslosigkeit der SPD

Dieser — fast möchte man sagen programmierten Konzeptlosigkeit — stellt die CDU/CSU ihr Modell der verantworteten Wahlfreiheit von Mann und Frau gegenüber, das sich an drei Prinzipien orientiert:

1. Dem Prinzip der Entscheidungsfreiheit, einschließlich der materiellen Entscheidungsfreiheit von Mann und Frau, ihr Selbstverständnis und ihre Rolle in Gesellschaft, Ehe und Familie jeweils frei zu finden und zu gestalten. Das bedeutet die Möglich-

keit der freien Persönlichkeitsentfaltung für Mann und Frau.

2. Dem Prinzip der anerkannten und gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung von Mann und Frau für die Gestaltung und Ordnung von Ehe und Familie und damit für die Gesellschaft. Das bedeutet die Einbindung in eine soziale Verpflichtung, die mit den größeren Freiheitsmöglichkeiten Hand in Hand gehen muß.
3. Dem Prinzip der gemeinsamen Übernahme der Erziehungsfunktion.

Mehr Freiheit bedeutet mehr Verantwortung

Wir geben der Wahlfreiheit der Frau, ihr Leben in Gesellschaft, Ehe und Familie frei zu gestalten, eine besondere Bedeutung. Die Selbstverwirklichung der Frau im Beruf ist ihr selbstverständliches Recht. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, daß es für die Selbstverwirklichung der Frau unabweisbar sein muß, sie von den Aufgaben für die Familie, von der Erziehung zu entbinden.

Während die Bundesregierung und die Koalitionsparteien einen wesentlichen Schritt zur Emanzipation in der Entlastung der Frau von den Aufgaben in Familie und Erziehung sehen, wollen wir Mann und Frau in die Lage versetzen, diesen Aufgaben in dem gesellschaftspolitisch notwendigen Umfang gerecht zu werden. Das war unser Beweggrund, der uns veranlaßte, im vergangenen Jahr den Gesetzentwurf zur Gewährung von Erziehungsgeld einzubringen. Mehr Freiheit bedeutet für uns auch zugleich immer mehr Verantwortung, das gilt auch für diesen Bereich.

■ JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Konkrete Maßnahmen zur Schaffung neuer Lehrstellen

Am 21. Januar 1975 kündigte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Entschließung (vgl. UfD 4/1975) ein „Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit“ an.

Bereits eine Woche später beriet die Fraktion das vom zuständigen Arbeitskreis für Bildung und Wissenschaft vorgelegte und mit den CDU- und CSU-geführten Ländern abgestimmte Dringlichkeitsprogramm, das einstimmig gebilligt und umgehend im Deutschen Bundestag eingebracht wurde.

Ziel des Dringlichkeitsprogramms ist es, den heute arbeitslosen Jugendlichen ein breiteres Angebot an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu geben, um Jugendarbeitslosigkeit soweit wie irgend möglich zu vermeiden.

Folgende konkrete Maßnahmen sind nach Ansicht der Union notwendig, um die gegenwärtige Misere zu beheben:

1. Anreize für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Ausgehend von dem Angebot der Wirtschaft, bereits 1975 insgesamt ca. 40 000 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, werden folgende Vorschläge zur Konkretisierung gemacht:

— Die Mittel im Regionalförderungsprogramm des Bundes für die Errichtung von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten sollen verdoppelt werden. Damit können 8 000 zu-

sätzliche Ausbildungsplätze in strukturschwachen Gebieten geschaffen werden. Zu finanzieren ist dies durch die aus dem EG-Fonds zur Regionalförderung zufließenden Mittel.

— Bis zu 20 000 neue Ausbildungsplätze sollen mit einer Prämie von je 4 000 DM gefördert werden, wobei zuerst solche Betriebe berücksichtigt werden sollen, die ihre Ausbildungsbereitschaft bereits bisher unter Beweis gestellt haben. Zu finanzieren ist dies aus den nicht abgerufenen Mitteln für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten im Konjunkturprogramm.

— Den Jugendlichen, die ihre Lehrstelle verloren haben, wird eine Reihe von Hilfestellungen gegeben:

— Jugendliche, die kurz vor Abschluß der Lehre standen, sollen die Möglichkeit erhalten, Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Abschlußprüfung zu besuchen.

— Die Bundesanstalt für Arbeit soll die Berechtigung erhalten, Ausbildungsbetrieben, die nicht vermittelbaren Jugendlichen eine Fortsetzung der Lehre zu ermöglichen, Zuschüsse oder einen Kostenersatz zu gewähren.

2. Erweiterung des Lehrstellenangebotes der öffentlichen Hand.

3. Verstärkte Hilfe für leistungsschwache und behinderte Jugendliche.

4. Sicherstellung einer ausreichenden Ausbildungsqualität.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Hinweise für Materialbesteller

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat mit dem IS-Versandzentrum einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Alle von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit herausgegebenen Informations- und Werbematerialien werden vom IS-Versandzentrum gegen Rechnung an die Besteller versandt.

Im Interesse einer schnellen und reibungslosen Abwicklung Ihrer Bestellungen sollten Sie folgende Hinweise beachten:

1. Alle Bestellungen **schriftlich** nur an das IS-Versandzentrum, 438 Gütersloh 1, Postfach 6666. Bestellungen, die Sie an die CDU-Bundesgeschäftsstelle richten,

müssen von uns an das Versandzentrum weitergeleitet werden. Dadurch verzögert sich die Lieferzeit.

2. Geben Sie unbedingt die **Bestellnummern** der gewünschten Artikel an. Nicht angegebene Bestellnummern verursachen u. U. Verwechslungen und verzögern die Lieferung.

3. Bestellen Sie nur solche Artikel, die entweder im zuletzt erschienenen **Gesamtangebot** verzeichnet sind oder zwischenzeitlich als Neuerscheinungen angeboten wurden. Gesamtangebot und Neuerscheinungen werden im UiD unter der Rubrik „Öffentlichkeitsarbeit“ abgedruckt. Trennen Sie das Gesamtangebot

und die Neuerscheinungen aus dem UiD heraus, damit Sie das Materialangebot greifbar haben und wissen, welches Material Sie bestellen können.

4. Bestellungen unterhalb der **Mindestbestellmenge** können leider nicht ausgeführt werden.

Das IS-Versandzentrum kann auch keine Einzelexemplare versenden, weil die Materialien in den als Mindestbestellmenge angegebenen Stückzahlen verpackt sind.

5. In Zukunft erhalten Sie mit der Warenlieferung auch die **Rechnung**. Diese ist aufgliedert in: Materialwert (Selbst-

kostenpreis), Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

Verpackungskosten werden künftig nicht mehr berechnet.

Der Rechnungsbetrag ist ohne Abzug innerhalb 14 Tagen zu zahlen.

6. Das IS-Versandzentrum wählt die für Sie kostengünstigste **Versandart**, sofern Sie dies nicht ausdrücklich anders wünschen.

Da die Versandkosten in voller Höhe vom Besteller getragen werden müssen, sollten Sie Ihre Bestellung rechtzeitig aufgeben, damit keine ExpresSENDUNGEN nötig sind.

Neuerscheinungen

Broschüren-Serie: Argumente — Dokumente — Materialien

„Verwaltung und Öffentlicher Dienst“

Diese Broschüre enthält die Beschlüsse des Bundesfachausschusses „Innenpolitik“ der CDU zu aktuellen Themen des öffentlichen Dienstes, angefangen von Leitsätzen für den öffentlichen Dienst über Thesen zur Aus- und Fortbildung und Neugestaltung des Laufbahnrechts, bis hin zur Frage des Streikrechts für Beamte.

Best.-Nr.: 5322

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,28 DM pro Exemplar

„Die Jungsozialisten“

Wer sich mit den Jusos auseinandersetzen will, sollte wissen, wie sie organisiert sind, welches strategische Konzept sie haben und was sie zu den verschiedenen politischen Sachbereichen sagen.

Die notwendigen Informationen finden Sie in dieser Broschüre.

Best.-Nr.: 5323

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,16 DM pro Exemplar

„Versprochen — nicht gehalten. Bilanz der Linkskoalition“

Wohin hat uns diese Regierung geführt? Was ist von ihren großen Versprechungen übrig geblieben?

Die Dokumentation enthält die Bilanz der Mißerfolge.

Best.-Nr.: 5324

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,13 DM pro Exemplar

Argumentationskarte

„Steuerreform“

Diese Argu-Karte enthält einige wichtige Fakten für die Diskussion um die umstrittene Steuerreform.

Best.-Nr.: 6325

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Bestellungen an das IS-Versandzentrum in 483 Gütersloh 1, Postfach 6666

Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zzgl. Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

ZITAT

Mehr als ein Armutzeugnis

„Wenn 8,4 Millionen Doppelverdiener das laute Lied der hohen Steuern anstimmen, nachdem sie von der Steuerreform eigentlich Erleichterung ihrer Steuerlast erwartet hatten, dann wird dies für die Regierungsparteien lebensgefährlich.“

Dabei war die sozialliberale Koalition so stolz darauf, daß sie mit der Steuer- und Kindergeldreform 14 Milliarden Mark aller Steuereinnahmen unter das Steuer Volk zu streuen beabsichtigte. Und genau das nimmt ihr heute niemand mehr ab, der auf der Lohn- und Gehaltsabrechnung Minussummen entdeckt, bloß weil er aus Unwissen versäumt hat, für sich und seine mitverdienende Ehefrau die neue, und zwar die günstigere Steuergruppe eintragen zu lassen.

Dieses Unwissen der Steuerzahler aber ist verständlich. Es gab zwar einige Privatdrucke über die neuen Steuerklassen, Banken etwa und Sparkassen haben sie verteilt, Amtliches war aber so gut wie überhaupt nichts auf dem Markt. Schlicht gesagt, dies alles ist eine Informationspleite, für die niemand Verständnis haben kann. Wenn der Finanzminister heute seinen Beamten auf die Füße tritt, weil sie nicht frühzeitig auf die einschneidenden Änderungen etwa für Doppelverdiener hingewiesen haben,

Anschrift:

dann ist dies nichts mehr, als die Suche nach Prügelknaben.

Wer wie die Politiker die Steuerreform als den großen Schritt zur Steuergerechtigkeit gepriesen haben, der hätte auch daran denken müssen, daß diese Gerechtigkeit bei denen verbreitet wird, die es wissen müßten, bei den Steuerzahlern nämlich. Nichts davon. Weder das Finanzministerium noch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dachten rechtzeitig daran, den im Schweiß ihres Angesichts doppelt Verdienenden die neuen Wirklichkeiten und Möglichkeiten mitzuteilen.

Mehr als ein Armutzeugnis! Geschiedene, Witwen und manch andere Gesellschaftsgruppen wurden ebenfalls unversend gehalten. Sie schimpfen jetzt — sie wählen aber auch. Eine dünne Zeitungsanzeigenkampagne wird nichts an dem millionenfachen Unmut ändern können. Das ist fatal in einem Jahr mit sechs Landtagswahlen.“

Friedrich Nowotny, Deutsches Fernsehen, 28. 1. 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementpreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD